

# »Klimagerechtigkeit beginnt zu Hause, Herr Präsident«

von  
Dodo Dulay

Dieser Artikel ist  
am 21.12.2015  
in den Manila  
Times erschienen.

Am Rande der Klimakonferenz von Paris prahlte Präsident Aquino in seiner Rede beim Forum der vom Klimawandel am meisten betroffenen Ländern (*Climate Vulnerable Forum*), dem derzeit 20 Staaten angehören und das seit 2015 von den Philippinen geleitet wird, damit, wie sehr die Philippinen doch »die notwendigen Reformen unternehmen, um dem Klimawandel Einhalt zu gebieten.« Er ließ wissen, dass die Philippinen ihren Kohlendioxid-Ausstoß bis 2030 um 70 Prozent zu mindern gedenken, sofern die Industrieländer dafür eine angemessene Unterstützung bereitstellen.

In Wirklichkeit hat Aquino allerdings seinen Worten niemals Taten folgen lassen, auch nicht im Bereich des Klimaschutzes. Bislang hat seine Regierung nichts Wesentliches unternommen, um das Land von fossilen Brennstoffen weniger abhängig zu machen. Im Gegenteil: Aquino hat den Bau von 45 Kohlekraftwerken genehmigt und lässt die 13 existierenden weiterlaufen. Und um die stabile Versorgung dieser Kraftwerke mit Brennstoff zu gewährleisten, hat die Regierung Aquino 118 Kohleabbaugenehmigungen im ganzen Land erteilt.

Gegenwärtig werden 42 Prozent unseres Stroms durch Kohle erzeugt, während der Rest aus lokal gewonnenem Erdgas und erneuerbaren Energien gewonnen wird. Bald aber werden Kohlekraftwerke zum Rückgrat der philippinischen Stromerzeugung werden; bis 2030 wird ihr Anteil an der Stromerzeugung

auf mehr als 75 Prozent steigen, wie der Think Tank HIS errechnet hat – was bedeuten würde, dass wir soviel Kohle zur Energieversorgung nutzen wie kein anderes Land in Asien.

In einem Interview mit der BBC am Rand der Klimakonferenz in Paris verteidigte der Präsident den Bau neuer Kohlekraftwerke mit den hohen Kosten erneuerbarer Energien. Er versuchte, den offensichtlichen Widerspruch zwischen seinem Bekenntnis, den Kohlendioxid-Ausstoß zu mindern und gleichzeitig zahlreiche Kohlekraftwerke bauen zu lassen, zu entkräften, indem er bekräftigte, dass seine Regierung »versuchen wird, dafür zu sorgen, dass im Land die modernsten Kohlekraftwerke laufen werden, die es gibt.«

Kohle bleibt aber Kohle, moderne Anlagen hin oder her. Der Präsident ignoriert nicht nur die wahren Folgen, die Kohle für die menschliche Gesundheit hat, sondern auch, dass Kohle am meisten zu den Kohlenstoff-Emissionen beiträgt, die den Klimawandel vorantreiben. Der Klimawandel führt zu Super-Taifunen wie Yolanda (Haiyan), der 2013 in der Mitte der Philippinen große Schäden verursacht hat, die auf 10 Mrd. US-Dollar geschätzt werden. Zwei Jahre nach dem Taifun ist die Zahl der Todesopfer immer noch ungewiss, da bis zum heutigen Tage noch Skelette zu Tage gefördert werden.

Keine Frage, was Klimagerechtigkeit betrifft, weiß der Präsident, was es zu sagen gilt, lässt dem aber keine Taten folgen.



Folge des  
Klimawandels:  
Der Supertaifun  
Yolanda.  
Foto: Niklas  
Reese, 2014